

EnBW-Stellungnahme zum Eckpunktepapier einer Festlegung zur Kostenerstattung im "unbilanzierten" Redispatch (BK8-26-001-A)

A thick, solid orange horizontal bar with rounded right ends, positioned below the title.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Karlsruhe, 01.07.2026

Kernaussagen

EnBW Energie Baden-Württemberg AG bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Eckpunktepapier der BNetzA zum Erlass einer Festlegung zur Kostenerstattung im „unbilanzierten“ Redispatch (BK8-26-001-A). Die gesetzliche Übergangslösung nach § 14 Abs. 1b EnWG soll praxistauglich, massengeschäftstauglich und rechtssicher umgesetzt werden. Entscheidend ist, dass der finanzielle Ausgleich einfach, nachvollziehbar und ohne zusätzliche Komplexität in den ohnehin anspruchsvollen Redispatch-Prozessen ausgestaltet wird.

Vor diesem Hintergrund muss aus Sicht der EnBW die Festlegung daher auf vier Grundsätzen beruhen:

- Dem Anlagenbetreiber ist mindestens der anzulegende Wert zu vergüten.
- Es muss der Gleichbehandlungsgrundsatz gelten. Somit sind etwaige wirtschaftliche Nachteile des Bilanzkreisverantwortlichen angemessen zu berücksichtigen, insbesondere Overheadkosten, Handelsnebenkosten, Opportunitätskosten und Risikokosten; die bloße einseitige Berücksichtigung möglicher wirtschaftlicher Vorteile des BKV ist nicht akzeptabel.
- Grundsätzlich muss der Abrechnungsprozess möglichst einfach bleiben und bestehende Prozesse berücksichtigen. Somit darf der Abrechnungsprozess sich nicht nach der Vorlaufzeit der Abrufinformation unterscheiden.
- Vorgaben für ein anreizkompatibles Verhalten der Netzbetreiber ist klar zu unterstützen; allerdings sind Vorgaben zur Verbesserung der Vorlaufzeiten nicht mit der operativen Abrechnung zu verknüpfen.

Mindestvergütung: anzulegender Wert an den Anlagenbetreiber

Der Anlagenbetreiber darf durch eine Redispatch-Maßnahme weder besser noch schlechter gestellt werden. Ohne Redispatch-Eingriff stünde ihm bei EEG-geförderten Anlagen regelmäßig der anzulegende Wert zu. Dieser Maßstab sollte auch im unbilanzierten Redispatch als Mindestvergütung gelten. Eine Abrechnungssystematik, die in einzelnen Konstellationen unter dieses Niveau fällt oder zusätzliche Kostenrisiken beim Anlagenbetreiber belässt, wäre mit dem Grundsatz der vollständigen finanziellen Kompensation nicht vereinbar.

Der anzulegende Wert bietet zudem einen klaren, bekannten und überprüfbaren Referenzmaßstab. Er reduziert den Bedarf an zusätzlichen Informationen zwischen Anlagenbetreiber, Direktvermarkter, Einsatzverantwortlichem, Lieferant, Bilanzkreisverantwortlichem und Netzbetreiber. Gerade für eine befristete Übergangslösung sollte der Schwerpunkt nicht auf der Entwicklung komplexer Sonderabrechnungen liegen, sondern auf einem robusten, einfach prüfbar und administrativ handhabbaren Modell.

Wirtschaftliche Vorteile nur symmetrisch mit wirtschaftlichen Nachteilen berücksichtigen

Das Eckpunktepapier sieht vor, wirtschaftliche Vorteile, die der BKV durch die Durchführung des bilanziellen Ausgleichs erlangen könnte, bei der Kompensation zu berücksichtigen. Eine solche Betrachtung darf jedoch nicht einseitig erfolgen. Wenn wirtschaftliche Vorteile des BKV in die Berechnung einbezogen werden, müssen spiegelbildlich auch die wirtschaftlichen Nachteile des BKV vollständig und sachgerecht berücksichtigt werden.

Hierzu zählen insbesondere zusätzliche operative Aufwände für IT, Prozesse, Datenprüfung, Dokumentation, Clearing und Risikoabsicherung. Hinzu kommen Handelsnebenkosten, mögliche Opportunitätskosten aus eingeschränkter Flexibilität sowie Preis- und Mengenrisiken im Zusammenhang mit dem Erfordernis des kurzfristigen Handels für den Bilanzkreisausgleich. Eine isolierte Abschöpfung möglicher Vorteile ohne Berücksichtigung dieser Nachteile würde zu asymmetrischen Ergebnissen führen und stellt den Anlagenbetreiber mittelbar schlechter, da der BKV/Direktvermarkter diese Kosten an ihn weitergeben muss.

EnBW spricht sich daher für eine einfache pauschale Kostenkomponente aus, die zusätzliche Aufwände des bilanziellen Ausgleichs angemessen abbildet. Diese Komponente sollte transparent, massengeschäftstauglich und ohne Einzelfallnachweis ausgestaltet werden. Dadurch würden Rechts- und Abrechnungssicherheit geschaffen und zugleich umfangreiche Nachweis- und Abstimmungsprozesse vermieden.

Abrechnungsprozess einfach halten

Der im Eckpunktepapier vorgesehene Abrechnungsprozess darf nicht durch zusätzliche Fallgruppen nach Vorlaufzeiten, Versand-, Empfangs- oder Verarbeitungszeitpunkten überfrachtet werden. Eine Differenzierung der Vergütung danach, ob eine Abrufinformation mehr oder weniger als 30 Minuten vor Maßnahmenbeginn übermittelt wurde, würde die Abrechnung erheblich verkomplizieren. Für jede einzelne Redispatch-Viertelstunde müssten dann Fristen, Datenstände, Dateiversionen, Übermittlungswege und Verantwortlichkeiten geprüft werden. Dies ist für ein Massengeschäft nicht praxistauglich.

Bereits heute sind Redispatch-Abrechnung und Clearing aufwendig. Eine zusätzliche Differenzierung nach rechtzeitiger, verspäteter, fehlerhafter oder fehlender Vorabinformation würde neue manuelle Klärungsbedarfe schaffen und die Nachvollziehbarkeit für Anlagenbetreiber deutlich erschweren. Besonders problematisch ist, dass der Anlagenbetreiber viele der hierfür relevanten Informationen nicht selbst prüfen kann, sondern auf Angaben anderer Marktrollen angewiesen wäre.

EnBW hält daher einen pauschalen, leicht überprüfbaren Abrechnungsansatz für vorzugswürdig. Dieser sollte unabhängig von der Vorlaufzeit der Abrufinformation gelten. Maßgeblich muss sein, dass die Vergütung für den Anlagenbetreiber nachvollziehbar und der Prozess für alle Beteiligten automatisierbar bleibt. Eine komplexe Übergangssystematik, die auch nur bis Ende 2031 gelten soll, würde unverhältnismäßige Umsetzungs-, Nachweis- und Clearingaufwände erzeugen.

Für den Fall, dass im weiteren Verfahren Regelungselemente in Anlehnung an das Eckpunktepapier aufgegriffen werden, erscheint es aus Sicht von EnBW erforderlich, zentrale Aspekte klarzustellen. Dies betrifft insbesondere die genaue Definition des Begriffs „RD-Ankündigung“, die Frage, ob für die Bewertung einer etwaigen Verspätung der Versandzeitpunkt oder der frühestmögliche Empfangszeitpunkt maßgeblich ist, sowie die Festlegung eines einheitlichen zu verwendenden Datenformats.

Anreizwirkung nicht mit der Abrechnung verknüpfen

EnBW unterstützt ausdrücklich das Ziel, die Qualität und Rechtzeitigkeit der Redispatch-Kommunikation weiter zu verbessern. Anreize für Netzbetreiber dürfen jedoch nicht über die operative Abrechnung des finanziellen Ausgleichs gesetzt werden. Eine Verknüpfung von Vorlaufzeiten mit Vergütungshöhen oder Kostenanerkennung würde aus unserer Sicht zu Fehlanreizen führen und

die Netzbetreiber in Situationen kurzfristiger Netzsicherheitsmaßnahmen unangemessen belasten.

Kurzfristige Redispatch-Maßnahmen sind nicht zwangsläufig Ausdruck mangelhafter Planung. Sie können auf Prognoseunschärfen, Netzstörungen, kurzfristigen Änderungen von Nichtbeanspruchbarkeiten, Vorgaben vorgelagerter Netzbetreiber oder sonstige externe Einflüsse zurückgehen. Netzbetreiber müssen in solchen Fällen weiterhin unverzüglich handeln können, ohne dass hieraus automatisch Nachteile bei Kostenanerkennung oder Wälzbarkeit entstehen.

Die in dem Eckpunktepapier vorgeschlagenen Regelungen würden in der Praxis dazu führen, dass auch bei potenziell nicht sicher eintretenden Netzengpässen präventiv RD2.0-Maßnahmen angesetzt werden müssten und potenziell höhere Ausfallarbeitsmengen zustande kommen als mit den aktuellen Regelungen.

Anreizmechanismen sollten daher außerhalb der konkreten Abrechnungslogik betrachtet werden. Bereits steigende Redispatch-Kosten und deren regulatorische Wirkung setzen Anreize zur Prozessverbesserung. Zusätzliche pauschale Sanktionen über die Abrechnung würden hingegen die Gefahr erhöhen, dass Netzbetreiber zur Vermeidung formaler Risiken Redispatch-Maßnahmen früher, länger oder größer dimensionieren. Dies könnte die Gesamtkosten des Systems erhöhen und stünde dem Ziel eines effizienten Engpassmanagements entgegen.

Fazit

Wir plädieren dafür, dass die Festlegung die Übergangslösung im unbilanzierten Redispatch auf ein einfaches, transparentes und massengeschäftstaugliches Modell beschränken sollte. Als Mindestmaßstab ist dem Anlagenbetreiber der anzulegende Wert zu gewähren. Wirtschaftliche Vorteile des BKV dürfen nur berücksichtigt werden, wenn zugleich seine wirtschaftlichen Nachteile sachgerecht einbezogen werden. Die Abrechnung sollte pauschal und unabhängig von der Vorlaufzeit der Abrufinformation erfolgen. Anreize zur Verbesserung der Kommunikationsqualität sind wichtig, sollten aber nicht mit der konkreten Abrechnung und Kostenanerkennung verknüpft werden.